

Satzung über die Zusammensetzung und Wahl der Vertreterversammlung der Architektenkammer Thüringen (Wahlordnung)

Die Vertreterversammlung der Architektenkammer Thüringen hat am 16.11.2012 auf der Grundlage des § 19 Abs. 1 in Verbindung mit § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 des Thüringer Architekten- und Ingenieurkammergesetzes vom 05. Februar 2008 (GVBl. S. 9) beschlossen:

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Wahlgrundsätze

(1) Die Mitglieder der Vertreterversammlung (Vertreter) und ihre Stellvertreter werden von den Mitgliedern der Architektenkammer in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer, geheimer und freier Wahl auf der Grundlage von Wahlvorschlägen gewählt.

(2) Die Amtszeit beträgt fünf Jahre und endet mit dem Amtsantritt der neuen Mitglieder.
Wiederwahl ist zulässig.

(3) Die Wahl wird in Form der Briefwahl durchgeführt.

§ 2 Aktives und passives Wahlrecht

(1) Wahlberechtigt und wählbar sind die Pflichtmitglieder sowie die freiwilligen Mitglieder der Architektenkammer Thüringen gemäß § 14 Abs. 1 und 2 ThürAIKG.

(2) Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar ist ein Mitglied

1. dessen Wahlrecht und Wählbarkeit durch eine unanfechtbare Entscheidung im Ehrenverfahren gemäß § 33 Abs. 1 Nr. 4 ThürAIKG aberkannt wurde.

2. wenn zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist; dies gilt auch, wenn der Aufgabenbereich des Betreuers die in § 1869 Abs. 4 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten Angelegenheiten nicht erfasst.

§ 3 Stimmrecht

(1) Das Stimmrecht kann nur ausüben, wer in ein Wählerverzeichnis gemäß § 8 eingetragen ist.

(2) Das Stimmrecht wird in dem Wahlbezirk ausgeübt, in welchem der Wahlberechtigte seinen Wohnsitz, seine Niederlassung oder seine überwiegende berufliche Beschäftigung hat und der seiner zugehörigen Fachrichtung entspricht.

(3) Das Stimmrecht kann nur in einem Wahlbezirk ausgeübt werden.

(4) Gehört ein Wahlberechtigter mehreren Fachrichtungen an und ist die Ausübung des Stimmrechts in mehreren Wahlbezirken gemäß § 4 möglich, so muss der Wahlberechtigte dem Wahlvorstand bis zum Ende der Auslegungsfrist des Wählerverzeichnisses erklären, in welchem Wahlbezirk er sein Stimmrecht ausüben will.

Erklärt er sich nicht oder nicht eindeutig, so ordnet ihn der Wahlvorstand der Fachrichtung zu, die dem Datum der ersten Eintragung in die Architekten- oder Stadtplanerliste der Architektenkammer Thüringen entspricht.

§ 4 Wahlbezirke und Fachrichtungen

(1) Die Vertreter werden in Wahlbezirken, getrennt nach Fachrichtungen gewählt.

(2) In der Fachrichtung Architektur entsprechen die Wahlbezirke der regionalen Gliederung der Architektenkammer in Kammergruppen gemäß der als Anhang beigefügten Liste.

(3) In den Fachrichtungen Innenarchitektur, Landschaftsarchitektur sowie Stadtplanung werden die Vertreter in jeweils einem Wahlbezirk gewählt. Der Wahlbezirk dieser Fachrichtungen ist der Freistaat Thüringen

(4) Freiwillige Mitglieder werden dem Wahlbezirk zugeordnet, der der Fachrichtung ihrer Ausbildung entspricht.

§ 5 Zahl der Vertreter

(1) In jedem Wahlbezirk der Fachrichtung Architektur und der Fachrichtungen Innenarchitektur, Landschaftsarchitektur sowie Stadtplanung sind für jeweils 40 Mitglieder ein Vertreter in die Vertreterversammlung zu wählen.

(2) Ab 20 Mitglieder über ein Vielfaches von 40 Mitgliedern hinaus ist ein zusätzlicher Vertreter zu wählen.

(3) Maßgeblich für die Zahl der Mitglieder ist der Stand der Eintragungen in den Architektenlisten sowie der Stadtplanerlisten acht Wochen vor dem ersten Tag der Stimmabgabe.

(4) Die Wahlberechtigten werden mit der Wahlbekanntmachung § 10 Abs. 2 Nr. 3 über die Zahl der zu wählenden Vertreter informiert.

§ 6 Wahlausschreibung

(1) Der Vorstand der Architektenkammer schreibt die Wahl der Vertreterversammlung spätestens sechs Monate vor dem ersten Wahltag aus.

(2) Er bestimmt hierbei den ersten und letzten Tag für die Stimmabgabe. Der letzte Tag soll innerhalb der Wahlperiode der vorangehenden Vertreterversammlung liegen.

(3) Die Wahlausschreibung ist im "Thüringer Staatsanzeiger" und im "Deutschen Architektenblatt" spätestens im Folgemonat zu veröffentlichen.

§ 7 Wahlvorstand

(1) Binnen eines Monats nach der Ausschreibung der Wahl bestellt der Vorstand der Architektenkammer den Wahlvorstand. Diesem obliegt die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung.

(2) Der Wahlvorstand besteht aus dem Vorsitzenden (Wahlleiter) und vier weiteren Mitgliedern. Für den Vorsitzenden und die Mitglieder ist je ein Stellvertreter zu bestellen. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter müssen die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz in der Fassung vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713) haben oder die Voraussetzungen des § 110 Satz 1 des Deutschen Richtergesetzes erfüllen oder einen Abschluss als Diplom-Jurist nachweisen.

Die weiteren Mitglieder müssen wahlberechtigte Mitglieder der Architektenkammer sein und dürfen weder dem Wahlprüfungsausschuss noch dem Vorstand oder der Vertreterversammlung der Architektenkammer angehören oder für ein solches Amt kandidieren.

Alle Fachrichtungen sollten im Wahlvorstand vertreten sein.

(3) Zu seiner Unterstützung kann der Wahlvorstand bei der Versendung der Wahlunterlagen, der Stimmauszählung und ähnlicher Arbeiten Wahlhelfer heranziehen. Diese müssen Mitglieder der Architektenkammer sein oder der Geschäftsstelle der Architektenkammer angehören. Der Wahlvorstand und die Wahlhelfer sind zu einer unparteiischen Amtsausübung und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(4) Der Wahlvorstand ist beschlussfähig wenn der Vorsitzende und mindestens drei Mitglieder oder deren Stellvertreter anwesend sind. Bei den Abstimmungen des Wahlvorstandes entscheidet Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(5) Der Wahlvorstand fertigt über seine Sitzungen jeweils eine Niederschrift an, aus der sich die anwesenden Mitglieder, der wesentliche Sitzungsablauf und die getroffenen Entscheidungen ergeben. Sie ist von allen anwesenden Mitgliedern zu unterschreiben.

(6) Die Tätigkeit im Wahlvorstand ist ehrenamtlich. Für die Teilnahme an einer Sitzung des Wahlvorstandes erhalten die Mitglieder eine Entschädigung entsprechend der Reisekosten- und Entschädigungsordnung der Architektenkammer Thüringen in der jeweils geltenden Fassung.

(7) Die Anschrift des Wahlvorstandes ist der Sitz der Geschäftsstelle der Architektenkammer Thüringen.

2. Durchführung der Wahl

§ 8 Wählerverzeichnis

(1) Der Wahlvorstand erstellt für jeden Wahlbezirk gemäß § 4 ein Wählerverzeichnis auf der Grundlage der vom Eintragungsausschuss beschlossenen Eintragungen. Neu hinzukommende wahlberechtigte Mitglieder werden bis zum Ende der Frist der Auslegung der Wählerverzeichnisse berücksichtigt.

(2) Das Wählerverzeichnis ist vom 56. bis zum 28. Tag vor dem Beginn der Wahl zusammen mit der Wahlordnung und der Wahlbekanntmachung während der allgemeinen Geschäftszeit in der Geschäftsstelle der Architektenkammer zur Einsicht auszulegen. Der Wahlvorstand bestimmt auch den Zeitpunkt und die Orte für die Auslegung des Wählerverzeichnisses in den Wahlbezirken. Die Orte und Zeiten der Auslegung sind in gleicher Weise bekanntzumachen, wie die Wahlausschreibung veröffentlicht worden ist (§ 6 Abs. 3).

(3) Nach Ablauf der Auslegungszeit ist das Wählerverzeichnis aufgrund berechtigter und fristgerecht eingelegerter Einsprüche vom Wahlvorstand bis zum 21. Tag vor dem Beginn der Wahl zu berichtigen. Mit Ablauf dieser Frist stellt der Wahlvorstand das Wählerverzeichnis endgültig fest. Der Abschluss wird vom Wahlvorstand auf dem Wählerverzeichnis vermerkt.

§ 9 Einspruch gegen das Wählerverzeichnis

(1) Gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit des Wählerverzeichnisses kann während der Auslegung (§ 8 Abs. 2) beim Wahlvorstand schriftlich Einspruch eingelegt werden. Der Einspruch ist zu begründen. Der Einspruch kann die Aufnahme eines neuen Eintrags, die Streichung oder die Berichtigung eines Eintrags zum Gegenstand haben. Soweit die behaupteten Tatsachen nicht offenkundig sind, hat der Einspruchsführer die erforderlichen Beweismittel beizufügen.

(2) Bei der Auslegung des Wählerverzeichnisses (§ 8 Abs. 2) und bei dessen Bekanntmachung ist unter Benennung des letzten Tages der Auslegung auf die Einspruchsmöglichkeit hinzuweisen.

(3) Der Wahlvorstand hat über den Einspruch zu entscheiden und seine Entscheidung dem Einspruchsführer und dem Betroffenen unverzüglich mitzuteilen. Führt eine Berichtigung zur Streichung einer im Wählerverzeichnis eingetragenen Person, so ist ihr vor der endgültigen Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Das Wählerverzeichnis ist gegebenenfalls durch den Wahlvorstand zu berichtigen.

(4) Der Wahlvorstand kann das Wählerverzeichnis im Fall von offensichtlichen Unrichtigkeiten bis zum Zeitpunkt der Versendung der Wahlunterlagen auch von Amts wegen berichtigen. Führt eine Berichtigung zur Streichung einer im Wählerverzeichnis eingetragenen Person, so ist ihr dies unverzüglich mitzuteilen.

§ 10 Wahlbekanntmachung

(1) Der Wahlvorstand macht spätestens 30 Tage vor dem Beginn der Auslegung des Wählerverzeichnisses (§ 8 Abs. 2) die Wahl durch Benachrichtigung aller Wahlberechtigten bekannt.

(2) Die Wahlbekanntmachung muss folgende Angaben enthalten:

1. Beginn und Ende der Stimmabgabe (§ 6) mit dem Hinweis, dass Stimmzettel, die nach Ablauf des letzten Wahltages beim Wahlvorstand eingehen, ungültig sind,
2. Hinweis darauf, dass in jedem Wahlbezirk der Fachrichtung Architektur und der Fachrichtungen Innenarchitektur, Landschaftsarchitektur und Stadtplanung die auf sie entfallenden Vertreter in getrennten Wahlgängen gewählt werden (§ 4),
3. die Zahl der zu wählenden Mitglieder der Vertreterversammlung getrennt nach den Wahlbezirken bzw. Fachrichtungen (§ 5),
4. Hinweis darauf, dass wahlberechtigt und wählbar nur derjenige ist, dessen Eintragung in die Architektenliste bis zum Beginn der Auslegung des Wählerverzeichnisses (§ 8 Abs. 1) vom Eintragungsausschuss beschlossen worden ist,
5. die Angabe, wo und wann das Wählerverzeichnis und die Wahlordnung zur Einsicht ausliegen (§ 8 Abs. 2),
6. Hinweis darauf, dass Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis nur während der Auslegung (§ 9 Abs. 2) beim Wahlvorstand schriftlich eingelegt werden können,
7. Hinweis darauf, dass für jeden Wahlbezirk Wahlvorschläge in einem Original und zwei Abschriften beim Wahlvorstand eingereicht werden können und dass sie von mindestens fünf Wahlberechtigten (§§ 2 u. 12) des jeweiligen Wahlbezirkes und dem Bewerber unterzeichnet sein müssen,
8. Hinweis darauf, dass Wahlvorschläge spätestens bis zum 28. Tag vor dem Beginn der Wahl einzureichen sind,
9. Hinweis darauf, dass nur Form- und fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge berücksichtigt werden können und dass nur gewählt werden kann, wer in einen solchen Wahlvorschlag aufgenommen ist (§ 11),
10. Hinweis darauf, dass die Wahl als Briefwahl durchgeführt wird (§ 1 Abs. 2),
11. den Zeitraum innerhalb dessen die Versendung der Stimmzettel und sonstigen Wahlunterlagen erfolgt (§ 14 Abs. 2) und den
12. Ort und Termin der Sitzung, in der das Wahlergebnis festgestellt wird und die Art seiner Bekanntmachung (§ 22).

§ 11 Wahlvorschläge, Einreichungsfrist, Form

Wahlvorschläge können bis zum 28. Tag vor Beginn der Wahl bis 18.00 Uhr in einem Original und zwei Abschriften beim Wahlvorstand eingereicht werden. Sie sind als Wahlvorschlagslisten oder Einzelbewerbungen getrennt nach Wahlbezirken (§ 4) einzureichen und müssen von mindestens fünf Wahlberechtigten (§ 2) der jeweiligen Fachrichtung und dem Bewerber unterschrieben sein.

§ 12 Inhalt der Wahlvorschläge

(1) In den Wahlvorschlägen sind die Bewerber in erkennbarer, fortlaufend nummerierter Reihenfolge mit Familiennamen, Vornamen, Lebensalter und Wohnort oder Ort der Niederlassung anzugeben.

Ihre Tätigkeitsart ist zu benennen.

Die schriftliche Zustimmung des Bewerbers zu seiner Aufnahme in den Wahlvorschlag ist beizufügen.

(2) Ein Wahlvorschlag kann nur mit Zustimmung aller Unterzeichner geändert oder zurückgenommen werden. Die Änderung oder Rücknahme ist nur bis zum Ablauf der Einreichungsfrist möglich.

§ 13 Prüfung der Wahlvorschläge

(1) Ein Mitglied des Wahlvorstandes vermerkt auf den Wahlvorschlägen den Tag und die Uhrzeit des Eingangs. Sodann prüft der Wahlvorstand, ob die Wahlvorschläge den Anforderungen nach dieser Wahlordnung entsprechen.

(2) Wahlvorschläge, die nicht fristgerecht eingereicht wurden oder den Anforderungen nach dieser Wahlordnung nicht entsprechen, werden unter Angabe der Gründe zurückgewiesen. Der Absender ist über die Entscheidung des Wahlvorstandes unverzüglich zu informieren. Soweit ein Mangel behebbar ist, kann ein zurückgewiesener Wahlvorschlag innerhalb der Frist nach § 11 berichtigt und erneut eingereicht werden.

(3) Die zugelassenen Wahlvorschläge sind getrennt nach Wahlbezirken und der Reihenfolge ihres Eingangs zu kennzeichnen. Die Wahlvorschlagslisten sind in gleicher Weise wie das Wahlausschreiben (§ 6) zu veröffentlichen und in der Geschäftsstelle der Architektenkammer auszulegen.

§ 14 Stimmzettel, Wahlumschläge, Wahlscheine, Versendung der Stimmunterlagen

(1) Abgestimmt wird mit vom Wahlvorstand angefertigten Stimmzetteln, die sich je nach dem Wahlbezirk und der Fachrichtung durch Farbe, farbliche Markierungen oder auffallende Aufdrucke deutlich unterscheiden müssen. Auf dem Stimmzettel sind die für den jeweiligen Wahlbezirk zugelassenen Wahlvorschläge abgedruckt. Jedem Bewerber ist ein freies Feld zuzuordnen, in dem die Stimmabgabe durch Ankreuzen kenntlich gemacht wird. Die Wahlumschläge (Stimmzettelumschläge) sind farbig gleich den Stimmzetteln nach Wahlbezirken und Fachrichtungen unterschiedlich zu gestalten. Sie müssen verschließbar, undurchsichtig und mit einem Dienstsiegel der Architektenkammer versehen sein.

(2) Der Wahlvorstand versendet zwischen dem 14. und 7. Tag vor dem ersten Tag der Stimmabgabe an alle Wahlberechtigten entsprechend dem Wählerverzeichnis folgende Briefwahlunterlagen:

1. einen farbigen Stimmzettel mit den für den jeweiligen Wahlbezirk zugelassenen Wahlvorschlägen
2. einen farbigen Wahlumschlag für den Stimmzettel
3. einen an den Wahlvorstand gerichteten Rücksendebriefumschlag, der als Wahlbrief besonders gekennzeichnet ist, mit Postfreimachungsvermerk und Angabe der Nummer des wahlberechtigten Mitglieds im Wählerverzeichnis (für die Rücksendung des Stimmzettelumschlages mit eingelegtem Stimmzettel)

4. ein Merkblatt für die Briefwahl mit sachdienlichen Hinweisen zum Wahlverfahren, einschließlich des Wahlzeitraums und
5. einen auf das einzelne Mitglied ausgestellten Wahlschein mit einer vorgedruckten, vom wahlberechtigten Mitglied zu unterschreibenden Erklärung, dass er die Person ist, auf die der Wahlschein ausgestellt ist, dass ihm keine Gründe bekannt sind, die sein Wahlrecht ausschließen und er persönlich abgestimmt hat

(3) Die Versendung der Stimmunterlagen ist unter Angabe des Datums im Wählerverzeichnis bei den Namen der Wahlberechtigten zu vermerken.

§ 15 Stimmabgabe

(1) Der Wahlberechtigte hat für seine Fachrichtung so viele Stimmen, wie nach § 5 Vertreter zu wählen sind. Die Abgabe der Stimme geschieht durch Ankreuzen der von ihm gewählten Bewerber. Eine Pflicht zur Abgabe aller möglichen Stimmen besteht nicht.

Jeder Bewerber kann von einem Wahlberechtigten nur einmal angekreuzt werden.

(2) Den verschlossenen Wahlumschlag mit dem eingelegten Stimmzettel sendet er im Rücksendebriefumschlag (Wahlbrief) an den Wahlvorstand zurück.

(3) Der Wahlbrief muss am letzten Tag der Stimmabgabe (§ 6) bis 18:00 Uhr beim Wahlvorstand eingegangen sein.

§ 16 Behandlung der Wahlbriefe

(1) Der Zeitpunkt des Eingangs jedes Wahlbriefes ist im Wählerverzeichnis durch den Wahlvorstand beim Namen des jeweiligen Wahlberechtigten zu vermerken. Die Wahlbriefe sind ungeöffnet zu sammeln und bis zu ihrer Öffnung durch den Wahlvorstand unter Verschluss zu halten.

(2) Die rechtzeitig eingegangenen Wahlbriefe werden in Gegenwart von mindestens zwei Mitgliedern des Wahlvorstandes geöffnet und die Unversehrbarkeit der Wahlumschläge und die Gültigkeit der Wahlscheine geprüft.

(3) Die in den Wahlbriefen zurückgesandten farbigen Wahlumschläge werden, sobald ein gültiger Wahlschein festgestellt wurde, nach Wahlbezirken getrennt, in besonderen Behältnissen (Urnen) gesammelt. Die Urnen müssen so beschaffen sein, dass eingeworfene Wahlumschläge nicht vor Öffnung der Urne herausgenommen werden können.

Vor Einwurf des ersten Wahlumschlages in die Urnen ist vom Wahlvorstand nachzuprüfen, ob die Urnen leer sind. Danach sind sie zu verschließen.

Der Wahlvorstand fertigt hierüber eine Niederschrift an.

(4) Die Öffnung des Wahlbriefes und der Einwurf des Wahlumschlages in die Urne sind im Wählerverzeichnis zu vermerken.

(5) Befindet sich im Wahlbrief kein Wahlumschlag oder enthält er mehrere Wahlumschläge oder keinen gültigen Wahlschein oder andere Schriftstücke oder werden sonstige im § 19 Abs. 1 genannte Tatbestände festgestellt, so ist hierüber eine Niederschrift zu fertigen, die von den anwesenden Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterschreiben und dem Wahlvorstand unverzüglich zur Entscheidung vorzulegen ist. Der Wahlbrief und sein etwaiger Inhalt sind beizufügen.

Der Wahlvorstand entscheidet über die Zulassung zur Stimmabgabe oder über die Ungültigkeit des Wahlbriefes.

(6) Nicht rechtzeitig eingegangene Wahlbriefe sind mit einem Vermerk über den Zeitpunkt ihres Eingangs ungeöffnet zu den Wahlunterlagen zu nehmen und gemäß § 21 Abs. 4 aufzubewahren.

§ 17 Beendigung der Wahlhandlung

- (1) Der Wahlvorstand stellt die Beendigung der Wahlhandlung fest, sobald die Sichtung und Erfassung aller Wahlbriefe und Wahlumschläge gemäß § 16 beendet ist.
- (2) Über die Festsetzung der Beendigung der Wahlhandlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Zahl der Wahlberechtigten, der eingegangenen und ausgesonderten Wahlbriefe ist sowohl zusammenfassend, als auch nach Wahlbezirken getrennt festzuhalten. Außerdem muss die Niederschrift einen Vermerk über den Verlauf der Wahlhandlung enthalten.

§ 18 Stimmenauszählung

- (1) Der Wahlvorstand öffnet die Urnen, entnimmt die Wahlumschläge ungeöffnet und vergleicht ihre Zahl mit der Anzahl der Wahlberechtigten, die ihre Stimme abgegeben haben, und der Anzahl der ausgesonderten Wahlbriefe. Ergibt sich keine Übereinstimmung, so ist dies in der Niederschrift zu vermerken.
- (2) Nach der Zählung werden die Wahlumschläge nach Wahlbezirken getrennt unter Aufsicht des Wahlvorstandes geöffnet. Die Stimmzettel werden entnommen und gemäß § 19 Abs. 2 bis 4 auf ihre Gültigkeit geprüft.
- (3) Leere Wahlumschläge, Wahlumschläge mit mehreren Stimmzetteln, ungekennzeichnete Stimmzettel sowie Wahlumschläge und Stimmzettel, die zu Bedenken hinsichtlich ihrer Gültigkeit Anlass geben, werden ausgesondert und dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes zur weiteren Entscheidung im Wahlvorstand übergeben.
- (4) Die für die einzelnen Bewerber abgegebenen Stimmen auf den gültigen Stimmzetteln sind sodann auszuzählen.
- (5) Nach der Stimmenauszählung entscheidet der Wahlvorstand über die Gültigkeit der Stimmabgabe bei ausgesonderten Wahlumschlägen und Stimmzetteln.
Die Entscheidung des Wahlvorstandes ist auf den Stimmzetteln zu vermerken. Diese Stimmzettel sind gesondert bei den Wahlunterlagen aufzubewahren.

§ 19 Ungültige Wahlstimmen

- (1) Eine Stimmabgabe ist ungültig, wenn
 1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
 2. im Wahlbrief kein gültiger Wahlschein enthalten ist,
 3. ein nicht vom Wahlvorstand ausgegebener Wahlumschlag benutzt wurde,
 4. der Wahlumschlag nicht verschlossen war,
 5. wenn der Name des Wählers nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.
- (2) Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn
 1. der Stimmzettel sich nicht im Wahlumschlag befunden hat,
 2. ein nicht vom Wahlvorstand ausgegebener Stimmzettel benutzt wurde,
 3. der Stimmzettel nicht gekennzeichnet ist oder die Kennzeichnung den Wählerwillen nicht eindeutig durch Ankreuzen erkennbar ist,
 4. der Stimmzettel einen Zusatz, eine Verwahrung, einen Vorbehalt oder sonstige Änderungen enthält, die nicht der Kennzeichnung dienen,

(3) Mehrere in einem Wahlumschlag enthaltene Stimmzettel sind als ein Stimmzettel anzusehen, wenn sie entweder gleich gekennzeichnet sind oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist, andernfalls ist die Stimmabgabe ungültig.

(4) Werden auf einem Stimmzettel Bewerber mehrfach angekreuzt, ohne dass die Gesamtzahl der möglichen Stimmen überschritten wird, so gilt dies für die betreffenden Bewerber jeweils als eine Stimme. Andernfalls ist der Stimmzettel ungültig.

§ 20 Ermittlung des Wahlergebnisses

Gewählt ist als Vertreter, wer die meisten der abgegebenen gültigen Stimmen in seinem Wahlbezirk erhalten hat. Die Reihenfolge der gewählten Vertreter und nachrückenden Stellvertreter richtet sich nach der Zahl der auf sie entfallenden Stimmen.

Bei Stimmengleichheit führt der Wahlvorstand eine Losentscheidung herbei.

3. Wahlergebnis

§ 21 Feststellung des Wahlergebnisses

(1) Der Wahlvorstand stellt spätestens am fünften Tage nach dem letzten Tag der Stimmabgabe das Wahlergebnis fest.

(2) Über die Wahlbehandlung und die Feststellung des Wahlergebnisses ist eine Niederschrift anzufertigen. Sie ist von allen Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterzeichnen.

Die Niederschrift muss enthalten:

1. die Angabe des gewählten Organs,
2. Ort und Zeit der Wahlhandlung und der Stimmenauszählung,
3. die Namen der anwesenden Mitglieder des Wahlvorstandes sowie der Hilfspersonen,
4. Beanstandungen und besondere Vorkommnisse bei der Wahlhandlung und bei der Feststellung des Wahlergebnisses,
5. Beschlüsse über Nichtzulassung von Wählern,
6. die Zahl der Wahlberechtigten nach Wahlbezirken getrennt,
7. die Zahl der abgegebenen Stimmen nach Wahlbezirken getrennt,
8. die Zahl der gültigen Stimmen für jeden Wahlvorschlag oder Bewerber nach Wahlbezirken getrennt,
9. die Zahl der ungültigen Stimmabgaben nach Wahlbezirken getrennt,
10. die Zahl der auf die einzelnen Bewerber entfallenden Stimmen nach Wahlbezirken getrennt,
11. die Namen der gewählten Bewerber (Vertreter) mit Anschrift, nach Wahlbezirken, Fachrichtungen und Tätigkeitsart aufgegliedert.

(3) Eine Abschrift der Wahl Niederschrift ist unverzüglich der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Der Wahlvorstand macht das festgestellte Wahlergebnis unverzüglich in gleicher Weise bekannt, wie die Wahlausschreibung veröffentlicht worden ist (§ 6). Die Bekanntmachung erfolgt unbeschadet der Annahme oder Ablehnung der Wahl durch die gewählten Vertreter.

(4) Die Stimmzettel und sonstige Wahlunterlagen sind bis zum Ablauf der Wahlperiode in der Geschäftsstelle der Architektenkammer aufzubewahren und dann zu vernichten.

§ 22 Benachrichtigung der gewählten Vertreter

(1) Der Wahlvorstand benachrichtigt unverzüglich nach Feststellung des Wahlergebnisses die gewählten Vertreter und fordert sie auf, binnen einer Woche schriftlich zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. Die Benachrichtigung ist zuzustellen. Geht innerhalb dieser Frist keine Erklärung ein, so gilt die Wahl als angenommen. Hierauf ist der gewählte Vertreter hinzuweisen.

(2) Der Wahlvorstand teilt der Aufsichtsbehörde und dem Vorstand der Architektenkammer die endgültige Zusammensetzung der Vertreterversammlung und die Namen der gewählten Vertreter mit.

4. Schlussbestimmungen

§ 23 Einspruch, Wahlprüfungsausschuss

(1) Der Wahlberechtigte kann die Gültigkeit einer Wahl innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch Einspruch anfechten.

Der Einspruch ist schriftlich beim Wahlvorstand in der Geschäftsstelle der Architektenkammer einzureichen und zu begründen.

(2) Die Begründung muss darlegen, dass gegen Vorschriften über das Wahlrecht, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren oder allgemeine Wahlgrundsätze verstoßen wurde und dass ohne diesen Verstoß eine Wahl zu einem anderen Wahlergebnis geführt hätte. Die vorgetragenen Einspruchsgründe sind glaubhaft zu machen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

(3) Über den Einspruch entscheidet ein Wahlprüfungsausschuss. Er ist an Weisungen nicht gebunden. Der Wahlprüfungsausschuss besteht aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Für jedes Mitglied ist ein Vertreter zu bestellen. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter müssen die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz in der Fassung vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713) besitzen oder die Voraussetzungen des § 110 Satz 1 des Deutschen Richtergesetzes erfüllen oder einen Abschluss als Diplom-Jurist nachweisen.

Die Beisitzer müssen wahlberechtigte Mitglieder der Architektenkammer sein. Sie dürfen weder dem Wahlvorstand noch einem Organ der Kammer angehören und dürfen an der Wahl nicht als Bewerber teilgenommen haben. Das gleiche gilt für die Stellvertreter.

(4) Die Mitglieder und Stellvertreter des Wahlprüfungsausschusses sind durch den Vorstand der Architektenkammer spätestens vier Wochen vor dem ersten Tag der Stimmabgabe zu bestellen und öffentlich bekannt zu machen. Ihre Amtszeit endet mit Eintritt der Rechtskraft der Wahl.

(5) Der Wahlprüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn außer dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter zwei Beisitzer oder Stellvertreter anwesend sind. Der Ausschuss beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit.

(6) Die Tätigkeit im Wahlprüfungsausschuss ist ehrenamtlich. Für die Teilnahme an einer Sitzung des Wahlprüfungsausschusses erhalten die Mitglieder eine Entschädigung entsprechend der Reisekosten- und Entschädigungsordnung der Architektenkammer in der jeweils geltenden Fassung.

§ 24 Entscheidung des Wahlprüfungsausschusses

(1) Einsprüche, die nicht form- und fristgerecht eingelegt wurden sowie unbegründete Einsprüche weist der Wahlprüfungsausschuss zurück. Die Entscheidung ist zu begründen und dem Einspruchsführer durch schriftlichen Bescheid mitzuteilen. Der Wahlvorstand ist zu benachrichtigen. Eine Abschrift der Entscheidung ist der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

(2) Kommt der Wahlprüfungsausschuss zu dem Ergebnis, dass der Einspruch begründet ist, so erklärt er die Wahl für ungültig. Absatz 1 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend.

(3) Sobald die Entscheidung des Wahlprüfungsausschusses unanfechtbar geworden ist muss die Wahl in dem Umfang, in dem sie durch den Wahlprüfungsausschuss für ungültig erklärt wurde, nach den Vorschriften dieser Wahlordnung innerhalb von einem Jahr nach der Entscheidung wiederholt werden. Die Durchführung sowie der Beginn und das Ende der Wahlwiederholung sind spätestens acht Wochen vor dem Wahlbeginn öffentlich bekannt zu machen.

§ 25 Einberufung der Vertreterversammlung

Der Vorstand der Architektenkammer beruft die gewählten Vertreter gemäß § 5 Abs. 1 Pkt. 3 der Hauptsatzung bis spätestens drei Monate nach der Feststellung des Wahlergebnisses zur konstituierenden Sitzung der neuen Vertreterversammlung ein.

Die Ladung erfolgt schriftlich unter Einhaltung einer Frist von mindestens einem Monat.

§ 26 Erledigung des Mandats und Nachfolge

(1) Lehnt ein gewählter Vertreter die Annahme der Wahl ab oder scheidet ein Mitglied der Vertreterversammlung vorzeitig aus seinem Amt aus, so ermittelt der Wahlvorstand nach § 20 und § 21 Abs. 1 den nachrückenden Bewerber.

(2) Ein Mitglied der Vertreterversammlung scheidet vorzeitig aus:

1. durch Verlust oder Aufgabe der Kammermitgliedschaft,
2. durch Verzicht,
3. durch Verlust der Wählbarkeit.

§ 27 Gleichstellungsklausel

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 28 Inkrafttreten / Außerkrafttreten

Diese Satzung über die Zusammensetzung und Wahl der Vertreterversammlung der Architektenkammer Thüringen (Wahlordnung) tritt am Tage nach der Veröffentlichung ihrer rechtsaufsichtlichen Genehmigung im Thüringer Staatsanzeiger und der Veröffentlichung ihres Wortlautes im Deutschen Architektenblatt in Kraft. Gleichzeitig tritt die Wahlordnung zur Wahl der Vertreterversammlung Thüringen vom 05. September 1997 außer Kraft.

Erfurt, den 10. Dezember 2012

gez. Hartmut Strube
Präsident der AKT

Anhang (zu § 4 Abs. 2)

Wahlbezirke Fachrichtung Architektur

Kammergruppe
Kreisfreie Städte und Landkreise

Wahlbezirk 1

Kammergruppe 1
Landkreis Kyffhäuserkreis
Landkreis Nordhausen

Wahlbezirk 2

Kammergruppe 2
Landkreis Eichsfeld
Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis

Wahlbezirk 3

Kammergruppe 3
Landkreis Gotha

Wahlbezirk 4

Kammergruppe 4
Landeshauptstadt Erfurt

Wahlbezirk 5

Kammergruppe 5
Stadt Weimar
Landkreis Weimarer-Land
Landkreis Sömmerda

Wahlbezirk 6/7

Kammergruppe 6/7
Stadt Suhl
Landkreis Schmalkalden-Meiningen
Landkreis Hildburghausen
Landkreis Sonneberg
Landkreis Ilm-Kreis

Wahlbezirk 8

Kammergruppe 8
Stadt Jena
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt
Landkreis Saale-Holzland-Kreis

Wahlbezirk 9

Kammergruppe 9
Stadt Gera
Landkreis Altenburger Land
Landkreis Greiz
Landkreis Saale-Orla-Kreis

Wahlbezirk 10

Kammergruppe 10
Stadt Eisenach
Landkreis Wartburgkreis

Erfurt, den 10. Dezember 2012

gez. Hartmut Strube
Präsident der AKT